

3752/J XX.GP

der Abg. Böhacker und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Auswirkungen der geplanten Familiensteuerreform auf die Bundesländer
Länder und Gemeinden werden durch die Familiensteuerreform in den kommenden zwei
Jahren rund zwei Milliarden Schilling an Steuereinnahmen verlieren. Der Chef der
Finanzreferentenkonferenz Arno Gasteiger erklärte, daß es die Familiensteuerreform in dieser
Form ohne neuerliche Finanzausgleichsverhandlungen zwischen Bund, Länder und
Gemeinden nicht geben könne.

Diese Aussagen stehen im Gegensatz zu Ihren Erklärungen, wonach die Reform nur einen
Ausbau der nunmehrigen Familienförderung darstelle und somit keine Verhandlungen zu
führen seien.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für
Finanzen die nachstehende

Anfrage

- 1.) Hat die geplante Familienreform finanzielle Auswirkungen auf die einzelnen
Bundesländer?
- 2.) Wenn ja, in welcher Höhe für welchen Zeitraum und auf welcher gesetzlichen
Grundlage?
- 3.) Teilen Sie die Forderung des Vorsitzenden der Finanzreferentenkonferenz Arno
Gasteiger, der in diesem Zusammenhang neuerliche Finanzausgleichsverhandlungen
zwischen Bund, Länder und Gemeinden fordert?
- 4.) Wenn nein, warum nicht?
- 5.) Wenn ja, wann werden Sie diese führen?